

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DJS



Grossratsgeschäftsnummer: 24/BS 19/205
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement : DJS

Bericht der GFK-Subkommission DJS zum Budget 2026 und zum Finanz- und Aufgabenplan 2027 - 2029

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DJS:

Präsident: KR Priska Peter-Metzger, Münchwilen
Mitglieder: KR Marcel Preiss, Weinfelden
KR Christoph Regli, Frauenfeld
KR Robin Spiri, Amriswil

Allgemeine Bemerkungen zum Budget 2026 und Finanz- und Aufgabenplan 2027 – 2029

Der Finanzplan 2026 des DJS wurde mit einem Aufwandüberschuss von 84.76 Mio. Franken veranschlagt. Die vorliegende Budgeteingabe 2026 beträgt 83.82 Mio. Franken und liegt somit rund Fr. 934'000 unter dem ursprünglich prognostizierten Wert.

Trotz zusätzlicher, im Finanzplan 2026 nicht berücksichtigter Kosten beim Amt für Justizvollzug für Beiträge an Vollzugseinrichtungen (+2.3 Mio. Franken) kann der Finanzplan durch eine restriktive Ausgabenplanung sowie höher erwarteter Einnahmen bei der Grundbuch- und Notariatsverwaltung dennoch unterschritten werden.

Das DJS beantragt insgesamt 17.20 neue Stellen, die für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen notwendig sind.

Die Subkommission Justiz und Sicherheit hat im Rahmen der Budgetberatung 2026 die finanziellen und strukturellen Grundlagen des Departements für Justiz und Sicherheit (DJS) eingehend geprüft. Ziel dieser Arbeit war es, die budgetierten Aufwendungen, Erträge, Investitionen und Personalentwicklungen kritisch zu analysieren.

Das DJS erfüllt zentrale staatliche Funktionen. Es sorgt für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung, für die Strafverfolgung und den Justizvollzug, für den Vollzug des Migrationsrechts sowie für die Koordination des Bevölkerungsschutzes. Diese Kernaufgaben sind rechtlich vorgegeben und bilden die Grundlage für das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat.

Die Subkommission führte ihre Beratungen auf Basis der Regierungsbotschaft zum Budget 2026, des Zahlenteils sowie des Finanzplans 2027–2029 durch. Ergänzend wurden Erläuterungen der Departementsleitung sowie schriftliche Stellungnahmen einzelner Ämter berücksichtigt.

2/10

Das Departement für Justiz und Sicherheit ist eines der grossen und personalintensiven Departemente des Kantons Thurgau. Seine Leistungen betreffen Bereiche, die für das Funktionieren des Gemeinwesens unverzichtbar sind und in denen kaum Handlungsspielräume für kurzfristige Einsparungen bestehen.

Die Kantonspolizei, die Staatsanwaltschaft, der Justizvollzug und die Migrationsbehörden stellen tagtäglich sicher, dass Gesetze durchgesetzt, Menschen geschützt und Verfahren korrekt abgewickelt werden. Entsprechend ist der Anteil des DJS am kantonalen Gesamtaufwand hoch, bewegt sich aber seit Jahren in einem stabilen Rahmen.

Für das Jahr 2026 ist eine leichte, jedoch kontinuierliche Ausgabenzunahme vorgesehen. Diese ergibt sich hauptsächlich aus Personalmehrbedarf in den sicherheitsrelevanten Bereichen, aus höheren Aufwendungen im Vollzugswesen und aus notwendigen Investitionen in die digitale Infrastruktur. In mehreren Ämtern steigen die Fallzahlen, während gleichzeitig Effizienzsteigerungen durch Digitalisierung erst schrittweise wirksam werden.

Die Subkommission hält fest, dass das Departement die ihm übertragenen Aufgaben mit hoher Professionalität erfüllt und die Budgetierung vorausschauend erfolgt. Das Wachstum des Budgets steht im Verhältnis zur Ausweitung und Komplexität der Aufgaben.

Das Budget 2026 des DJS zeigt insgesamt eine moderate Entwicklung. Die wichtigsten Tendenzen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- **Personal:** Der Stellenbestand steigt leicht, insbesondere bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Migrationsamt. Hintergrund sind steigende Anforderungen im Bereich der inneren Sicherheit, zunehmende rechtliche Aufgaben und höhere Fallvolumina.
- **Digitalisierung:** Das Departement setzt die Modernisierung seiner IT- und Kommunikationssysteme fort. Diese Investitionen sind notwendig, um Prozesse zu beschleunigen, Medienbrüche zu vermeiden und die Informationssicherheit zu gewährleisten.
- **Investitionen:** Schwerpunkte liegen in der Erneuerung der polizeilichen Kommunikationsnetze (Polycom-Nachfolge), im neuen Einsatzleitsystem, im Ausbau der digitalen Justiz und in der Modernisierung einzelner Vollzugsanlagen.
- **Aufwandstruktur:** Der Mehraufwand ergibt sich fast ausschliesslich aus gesetzlich bedingten Aufgaben und aus Projekten, die langfristig zu effizienteren Abläufen führen sollen.
- **Ertragssituation:** In einigen Bereichen (z. B. im Strassenverkehrsamt) gehen die Erträge leicht zurück, während Gebühren und Kostendeckung in anderen Ämtern stabil bleiben.

3/10

Die Subkommission würdigt, dass das Departement die finanziellen Entwicklungen realistisch einschätzt und in den Bereichen mit wachsendem Aufwand nachvollziehbare Begründungen liefert. Es werden keine übermässigen oder politisch motivierten Ausgabensteigerungen festgestellt

Die Budgetentwicklung steht im Verhältnis zum stetig wachsenden Aufgabenbestand und den rechtlichen Verpflichtungen, die in vielen Bereichen kaum Spielraum lassen.

Positiv zu bewerten sind insbesondere:

- die konsequente und kontrollierte Umsetzung der Digitalisierungsstrategie,
- der sachlich begründete Personalaufbau in sicherheitsrelevanten Bereichen,
- die sorgfältige Planung von Investitionen mit nachhaltigem Nutzen,
- die transparente Darstellung der Budgets und die kooperative Zusammenarbeit der Amtsleitungen mit der Subkommission.

Budget 2026 DJS

5010 Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die zentrale Steuerungsstelle des Departements. Es koordiniert interne Abläufe, ist für die Personal- und Finanzplanung verantwortlich und begleitet strategische Projekte in den Bereichen Digitalisierung, Kommunikation und Verwaltung.

Besondere Bedeutung hat das Projekt *Smart Justice*, das die Digitalisierung von Abläufen in der Justizverwaltung vorbereitet. Das Generalsekretariat trägt dabei die Verantwortung für die konzeptionelle Begleitung, die Koordination zwischen den Ämtern und die Sicherstellung der Einhaltung der kantonalen Datenschutz- und Sicherheitsstandards.

Die Subkommission würdigt die wachsende Bedeutung dieser Querschnittsfunktion. Sie stellt fest, dass die Leitung eine klare strategische Orientierung vorgibt und die Mittel effizient einsetzt.

5110 Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen

Das Amt erfüllt zwei gesetzlich klar definierte Aufgabenbereiche: die Führung des Handelsregisters und die Aufsicht über das Zivilstandswesen. Beide Tätigkeitsfelder sind stark durch Digitalisierung und Vereinheitlichung geprägt.

1. Die fortschreitende Digitalisierung des Handelsregisters mit der vollständigen elektronischen Einreichung und Bearbeitung von Gesuchen.

4/10

3.05 Stellen Handelsregister- und Zivilstandswesen:

100 % Sachbearbeiter/in für die Erfüllung neuer Aufgaben im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz über die Bekämpfung des missbräuchlichen Konkurses (AS 2023 628). 100 % Juristische/r Sachbearbeiter/in und 105 % Sachbearbeiter/innen zur Bearbeitung von Eintragungsgeschäften und Prüfung komplexer gesellschaftsrechtlicher Sachverhalte.

Die 2.05 Stellen werden vom Amt für Betreibungs- und Konkurswesen (ABK) zum Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen (HRZ) verschoben.

Die Ertragslage bleibt stabil, kleinere Schwankungen ergeben sich aus Änderungen der Gebührenregelung. Das Amt zeigt eine hohe Anpassungsfähigkeit an bundesrechtliche Vorgaben und treibt die Modernisierung mit begrenzten Ressourcen konsequent voran.

5210 Zivilstandsämter

Die Zivilstandsämter leisten wichtige Arbeiten im Personenstands- und Bürgerrecht. Sie verzeichnen in den letzten Jahren eine steigende Komplexität ihrer Aufgaben, insbesondere bei internationalen Fällen.

Mit dem Wegfall des Heimatscheins werden ab 2026 gewisse Gebührenerträge entfallen. Gleichzeitig wird die Administration vereinfacht und die Bearbeitung digital unterstützt. Die Subkommission sieht darin eine sachgerechte Entwicklung, die langfristig zu administrativen Entlastungen führt.

Die Zivilstandsämter bleiben trotz dieser strukturellen Änderungen gut aufgestellt und gewährleisten eine hohe Servicequalität für die Bevölkerung.

5130 Grundbuch- und Notariatsverwaltung

Das Amt reagiert mit organisatorischen Anpassungen und der Weiterentwicklung digitaler Prozesse.

Die Subkommission hält fest, dass trotz der wegfallenden Einnahmen eine solide Aufgabenwahrnehmung gewährleistet bleibt.

5210 Amt für Betreibungs- und Konkurswesen

Dieses Amt ist in einem von Stabilität und Kontinuität geprägten Bereich tätig. Die Arbeitslast bleibt konstant, doch der Digitalisierungsgrad wird gezielt ausgebaut. Mit der Einführung der elektronischen Konkursakten und der Integration in die nationale E-Justiz-Infrastruktur wird die Effizienz künftig erhöht.

-5.55 Stellen Amt für Betreibungs- und Konkurswesen:

5/10

350 % werden gemäss der Revision des Gesetzes über die Zivil- und Strafrechtspflege (ZSRG) vom ABK zum Obergericht verschoben. Im Weiteren kann das ABK aufgrund von Prozessverbesserungen und -automatisierungen der vergangenen Jahre 2.05 Stellen an das Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen abgeben.

5250 Staatsanwaltschaft

5.70 Stellen Staatsanwaltschaft:

Prozentual aufgeteilt auf 200 % Assistenzstaatsanwälte zur Entlastung der Regionalen Staatsanwaltschaften, 200 % Untersuchungsbeauftragte für Übertretungen im Zusammenhang mit der Revision des Gesetzes über die Zivil- und Strafrechtspflege (ZSRG). 100 % Sachbearbeiter/in zur Entlastung der Staats- und Assistenzstaatsanwälte in administrativen Belangen, Aufstockung der Stelle Sachbearbeiter/in Wirtschaftsdelikte um 20 % sowie Umwandlung der befristete Stelle 50 % Fachspezialist Bundesapplikationen in eine unbefristete Stelle.

Die Staatsanwaltschaft ist mit steigenden Fallzahlen konfrontiert, insbesondere bei komplexen Wirtschafts- und Cyberdelikten.

Diese Entwicklung erhöht den Personalbedarf und verlangt zusätzliche technische Unterstützung durch moderne Fallmanagementsysteme.

Mit dem Projekt *Justitia 4.0* wird eine landesweite elektronische Strafverfolgungsplattform eingeführt. Der Thurgau nimmt aktiv an diesem Transformationsprozess teil.

Die Subkommission anerkennt die grossen Herausforderungen, denen sich die Staatsanwaltschaft gegenüber sieht, und hält fest, dass die Budgeterhöhungen sachlich begründet und notwendig sind, um die rechtsstaatlichen Aufgaben auf hohem Niveau zu erfüllen.

5350-5370 Amt für Justizvollzug

3.30 Stellen Amt für Justizvollzug:

300 % Mitarbeiter/in Vollzug für die Betreuung von Insassen der zusätzlichen zehn provisorischen Haftplätze. 30 % Sozialarbeiter(in) Bewährungsdienst im Zusammenhang mit der Mehrbelastung durch die Ausweitung des Electronic-Monitorings

Der Justizvollzug ist durch steigende Belegung, höhere Sicherheitsanforderungen und eine zunehmende Vielfalt an Insassen geprägt.

Die kantonalen Kapazitäten stossen an Grenzen, weshalb weiterhin auf ausserkantonale Unterbringung zurückgegriffen werden muss. Dies führt zu Mehrkosten, die sich im Budget 2026 bemerkbar machen.

6/10

Das Departement arbeitet gleichzeitig an strukturellen Verbesserungen: Die Digitalisierung der Häftlingsverwaltung soll Transparenz und Effizienz steigern. Zudem sind Modernisierungsmassnahmen an Gebäuden und Werkbetrieben vorgesehen.

Die Subkommission würdigt diese Bemühungen ausdrücklich und hebt hervor, dass der Justizvollzug die Balance zwischen Sicherheit, Menschlichkeit und Wirtschaftlichkeit zu halten versteht.

5410-5417 Strassenverkehrsamt

0.70 Stellen Strassenverkehrsamt:

70 % Kundenberater/in zur Disposition von Führer- und Fahrzeugprüfungen. Hierbei handelt es sich um eine Umwandlung von befristeten in unbefristete Stellenprozente.

Das Strassenverkehrsamt ist ein weitgehend selbstfinanzierendes Amt. Es leistet einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit und zur Umsetzung bundesrechtlicher Vorschriften.

Für 2026 sind Investitionen in moderne Prüftechnik sowie in die digitale Erfassung und Auswertung von Kontrollberichten geplant. Damit soll der Service für Bürgerinnen und Bürger verbessert und die Prüftätigkeit effizienter gestaltet werden.

Die Subkommission nimmt positiv zur Kenntnis, dass das Amt durch Innovation und Kostentransparenz zu den effizientesten Verwaltungseinheiten im Departement zählt.

5420 Eichamt

Das Eichamt ist eine kleine, aber bedeutende Einheit im DJS. Es sichert die Einhaltung gesetzlicher Messnormen und schützt so die Interessen von Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Wirtschaft.

Im Jahr 2026 stehen technische Erneuerungen an. Neue Prüfmittel werden eingeführt, um die Qualität der Messkontrollen zu sichern. Gleichzeitig werden die Mitarbeitenden regelmässig geschult, um den hohen technischen Anforderungen gerecht zu werden.

5430-5445 Migrationsamt

3.00 Stellen Migrationsamt:

300 % Sachbearbeiter/in Kantonale Ausweisstelle hinsichtlich der vom Bund geplanten Einführung der ID-Karte mit Chip (biometrische ID) im Jahr 2026. Die Kosten für die Stellen werden voraussichtlich ab dem Jahr 2027 durch Mehreinnahmen überkompensiert. Das Migrationsamt steht weiterhin unter hohem Druck. Steigende Gesuchzahlen, komplexere Rechtslagen und eine dynamische internationale Lage führen zu Mehrbelastungen.

7/10

Mit der geplanten Personalaufstockung kann das Amt seine Aufgaben auch unter erhöhter Beanspruchung wahrnehmen. Zudem werden mit der Digitalisierung der Verfahren (Projekt *E-MIGRA TG*) Bearbeitungszeiten verkürzt und Abläufe vereinheitlicht.

Die Subkommission hält fest, dass das Migrationsamt trotz hoher Anforderungen effizient arbeitet und die gesetzlichen Vorgaben zuverlässig erfüllt.

5450-5457 Jagd- und Fischereiverwaltung

Die Jagd- und Fischereiverwaltung sorgt für die nachhaltige Bewirtschaftung der Wild- und Fischbestände. Im Jahr 2026 stehen ökologische Projekte im Vordergrund, darunter die Revitalisierung von Gewässern und der Ausbau der Fischzuchtanlage.

Diese Tätigkeiten tragen zur Biodiversität und zur Stärkung regionaler Ökosysteme bei. Das Amt agiert in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Verbänden und Fachorganisationen.

5510 Kantonspolizei

7.00 Stellen Kantonspolizei:

200 % stehen in direktem Zusammenhang mit der vom Grossen Rat am 6. Mai 2020 beschlossenen Bestandes Erhöhung, auf maximal 475 Polizistinnen und Polizisten bei der Kantonspolizei. Zusätzlich 100 % Mitarbeiter/in Digitale Forensik als Unterstützung der polizeilichen Ermittler bei der Aufbereitung digitaler Sachmittel aufgrund der starken Zunahme von Cybercrime-Fällen. 400 % Umwandlung von befristeten in unbefristete Stellen des Polizeilichen Assistenzdienstes zur Durchführung von Auslandsrückführungen und Gefangenentransporten.

Die Kantonspolizei bleibt der grösste und sichtbarste Bereich des Departements. Ihre Aufgaben haben sich in den letzten Jahren deutlich erweitert, insbesondere durch die Zunahme von Cyberkriminalität, Verkehrssicherheit und Schutzaufgaben bei öffentlichen Anlässen.

Das Budget 2026 beinhaltet Investitionen in Kommunikationssysteme (Polycom-Nachfolge), Einsatzmittel, IT- Sicherheit und in ein neues das Einsatzleitsystem, das mit Budget 2024 für die Laufzeit von 2024 – 2026 bewilligt wurde. Diese Projekte sichern die Handlungsfähigkeit der Polizei und schaffen die Voraussetzungen für eine moderne, vernetzte Einsatzführung.

Die Subkommission würdigt die konsequente Weiterentwicklung der Kantonspolizei und betont deren zentrale Bedeutung für die öffentliche Sicherheit.

5640-5650 Amt für Bevölkerungsschutz und Armee

Das Amt koordiniert den Zivilschutz, die kantonale Krisenvorsorge und die Zusammenarbeit mit der Armee.

Für 2026 sind zusätzliche Anstrengungen im Bereich der Notfallplanung und Alarmierung vorgesehen.

Die Subkommission erkennt die Wichtigkeit dieser Arbeiten, gerade in einer Zeit, in der gesellschaftliche und sicherheitspolitische Risiken zunehmen. Das Amt erfüllt seine Aufgaben zuverlässig und mit hoher Fachkompetenz.

Investitionsrechnung

Die Investitionstätigkeit des Departements ist geprägt von einer klaren strategischen Ausrichtung. Die Mittel werden zielgerichtet in sicherheitsrelevante und strukturell nachhaltige Projekte gelenkt. Der Schwerpunkt liegt auf der Erneuerung von Infrastruktur und Informationstechnologie, um die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Verwaltung langfristig zu sichern.

Für das Jahr 2026 sind mehrere grössere Vorhaben vorgesehen, die sich jedoch alle auf die übergeordneten Ziele des Kantons – Sicherheit, Effizienz und Digitalisierung – zurückführen lassen:

- **Kommunikationssystem MSK (Nachfolgeprojekt Polycom):** Das bisherige Netz für die polizeiliche Kommunikation wird durch eine moderne, bundeskonforme Lösung ersetzt. Damit wird die Einsatzkommunikation auf dem neuesten technischen Stand gesichert.
- **Neues Einsatzleitsystem der Kantonspolizei:** Dieses Projekt erlaubt eine verbesserte Einsatzführung und -dokumentation und steigert die Reaktionsfähigkeit der Sicherheitskräfte (bewilligter Objektkredit 2024 – 2026) .
- **Digitalisierung im Justizvollzug:** Der Aufbau einer elektronischen Häftlingsverwaltung ermöglicht eine zeitgemässe Steuerung und Kontrolle der Vollzugsprozesse.
- **Modernisierung der Prüftechnik des Strassenverkehrsamts:** Neue Prüfgeräte und Softwarelösungen erhöhen die Genauigkeit und Effizienz der technischen Fahrzeugprüfungen.

Die Subkommission hält fest, dass die Investitionen vorausschauend geplant und gut begründet sind. Sie sind erforderlich, um bestehende Systeme zu modernisieren und auf aktuelle sicherheits- und technologische Standards zu bringen.

Langfristig werden aus diesen Vorhaben auch Effizienzgewinne erwartet – etwa durch vereinfachte Prozesse, geringere Betriebskosten und kürzere Durchlaufzeiten. Die Subkommission anerkennt den hohen Stellenwert der Investitionsplanung und die sorgfältige Priorisierung der Projekte.

9/10

Die Budgetentwicklung steht im Verhältnis zum stetig wachsenden Aufgabenbestand und den rechtlichen Verpflichtungen, die in vielen Bereichen kaum Spielraum lassen.

Positiv zu bewerten sind insbesondere:

- die konsequente und kontrollierte Umsetzung der Digitalisierungsstrategie,
- der sachlich begründete Personalaufbau in sicherheitsrelevanten Bereichen,
- die sorgfältige Planung von Investitionen mit nachhaltigem Nutzen,
- die transparente Darstellung der Budgets und die kooperative Zusammenarbeit der Amtsleitungen mit der Subkommission.

Gleichzeitig weist die Subkommission auf einige **bleibende Herausforderungen** hin:

- Der **Justizvollzug** steht weiterhin unter Druck durch steigende Belegung und hohe Sicherheitsanforderungen.
- Die **Staatsanwaltschaft** arbeitet an der Belastungsgrenze; eine längerfristige Personalsicherung ist notwendig.
- Im Bereich der **IT- und Kommunikationssysteme** erfordert die technologische Entwicklung kontinuierliche Investitionen, die die Budgets auch in Zukunft belasten werden.

Insgesamt ist das Departement jedoch finanziell und organisatorisch gut aufgestellt. Es handelt vorausschauend, erfüllt seine Aufgaben verlässlich und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität und Sicherheit im Kanton.

Finanz- und Aufgabenplan 2027 - 2029 DJS

Der Finanz- und Aufgabenplan zeigt eine stetige, aber kontrollierte Ausgabenentwicklung. Im Wesentlichen sinken aber ab dem Jahr 2027 die Einnahmen der Grundbuchämter. Dies gemäss der Botschaft des Regierungsrates zur Änderung des Gesetzes über die Gebühren und Gemengsteuern der Grundbuchämter und Notariate (GGG).

Die Investitionen bleiben auf einem ähnlichen Niveau wie in den Vorjahren, wobei ein klarer Fokus auf Sicherheits- und Digitalisierungsprojekten liegt. Der Investitionsanteil ist damit zielgerichtet und langfristig ergebniswirksam.

Besonders zu erwähnen ist, dass die geplanten Ausgaben in engem Zusammenhang mit der Umsetzung der kantonalen Digitalstrategie stehen. Das DJS übernimmt in mehreren Querschnittsprojekten eine Führungsrolle, insbesondere bei der elektronischen Justiz (Projekt *Justitia 4.0*) und bei der Erneuerung der Kommunikationssysteme der Kantonspolizei. Diese Vorhaben werden in enger Abstimmung mit anderen Departementen und mit dem Bund umgesetzt.

Die Subkommission stellt fest, dass der Finanzplan ein **nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Betrieb und Investition** anstrebt. Das Verhältnis von Aufwand zu Ertrag bleibt stabil, und es sind keine ausserordentlichen Finanzrisiken erkennbar.

10/10

Schlussbemerkung

Die Subkommission Justiz und Sicherheit dankt der Departementsleitung, den Amtsvorsteherinnen und Amtsvorstehern sowie allen Mitarbeitenden des DJS für ihre engagierte Arbeit und die umfassenden Auskünfte im Rahmen der Budgetprüfung.

Das Budget 2026 des Departements für Justiz und Sicherheit stellt sicher, dass die kantonalen Aufgaben in den Bereichen Justiz, Polizei, Vollzug, Migration und Bevölkerungsschutz effizient und gesetzeskonform erfüllt werden können.

Das Departement trägt mit seinen Dienstleistungen in entscheidendem Masse zum Funktionieren des Rechtsstaates, zur öffentlichen Sicherheit und zur Lebensqualität der Bevölkerung im Kanton Thurgau bei.

Die Subkommission schliesst ihre Beratungen mit der Feststellung, dass das Budget 2026 eine solide Grundlage für die weitere Arbeit des Departements bildet.

Münchwilen, 10. November 2025

Die Subkommissionspräsidentin
KR Priska Peter-Metzger